

Einleitend erläuterte Herr Gleß, dass ein umfassendes Beteiligungsverfahren stattgefunden habe. Dazu zähle nicht nur die Beteiligung der Behörden und der Bürger, sondern auch die Beteiligung der Nachbarkommunen, die erstmals vor einem Jahr und 9 Monaten mit einer ersten Informationsveranstaltung eingesetzt habe. Jetzt liege die finale Fassung dessen vor, was in den vergangenen Jahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit erarbeitet wurde. Die eigentliche Offenlage sei in der Zeit vom 28.07. bis 09.09.2011 durchgeführt worden. Wenn sich jetzt die Frage stelle, weshalb dies erst heute präsentiert werde, könne man auf das vorliegende umfassende Paket mit Einwendungen und Anregungen verweisen. Dem habe die Verwaltung sich umfassend und intensiv widmen müssen, wozu zeitweise Gutachter hinzugezogen werden mussten, wie etwa zum Thema Verkehr oder der Verträglichkeit in Bezug auf die Nachbarkommunen. Dabei habe man teilweise neue Ansätze finden müssen, um Bedenken und Anregungen entsprechend abzubilden. Weiter informierte Herr Gleß über das Verfahren zur Beteiligung der Nachbarkommunen. Bei diesen Gesprächen sei nicht nur über den B-Plan 107-Zentrum informiert worden, sondern von Anfang an über den Masterplan Urbane Mitte, dessen integraler Bestandteil der B-Plan 107 sei. Es sei ihm immer wichtig gewesen, das zu betonen. Nach dem erwähnten Eröffnungsgespräch seien drei weitere Gespräche im Rahmen des regionalen Arbeitskreises geführt worden, um den Nachbarkommunen zu zeigen, dass es der Stadt Sankt Augustin Ernst sei mit einer transparenten Beteiligung und Beschäftigung der Einwendungen. Im Moment befinde man sich hier in einer Phase, neben den Veranstaltungen im Rahmen des regionalen Arbeitskreises auch bilaterale Gespräche mit den Kommunen zu führen, die möglicherweise noch Bedenken zur Größe von Verkaufsflächen haben, die im Huma-Einkaufszentrum realisiert werden sollen. Diese Gespräche würden z. Z. geführt und er glaube, dass man sich auf einem guten Weg befinde. Schlussendlich habe die Stadt Sankt Augustin gegenüber den Nachbarkommunen immer die Botschaft verkündet, dass sie integral und strategisch vorgegangen sei, das Feld sozusagen vorbereitet habe und mit dem Masterplan als integrales Gesamtkonzept immer das Ganze im Auge behalten habe. Sie habe eben nicht nur darauf gewartet, dass zufällig ein Investor um die Ecke komme. Alle Entscheidungen, die jetzt zu treffen seien, wurden strategisch vorbereitet. Er sei nach wie vor davon überzeugt, dass genau dies die Stärke der Stadt sei, dass sie sich entschlossen habe, auf Grundlage des Masterplans Urbane Mitte sich in den das Huma-Einkaufszentrum flankierenden Randbereichen von großflächigem Einzelhandel zu trennen und sich dort auf kleinteilige Strukturen zu konzentrieren. Das seien gute und wichtige Signale auch in die Region. Das, was dem Ausschuss heute vorliege, sei im Grunde das Ergebnis jahrlanger harter Arbeit. Er glaube auch, dass mit der Fülle an Informationen den Ausschussmitgliedern heute viel zugemutet werde. Die begangenen Schritte seien mutige Schritte gewesen. Ein solches Projekt habe es in Sankt Augustin noch nie gegeben. Auch das im vorangegangenen TOP vorgestellte Studentenheim sei ein Ergebnis der in der Vergangenheit getroffenen strategischen Entscheidungen. Er sei nicht davon ausgegangen, dass der Ausschuss heute zu einem Beschluss komme und schlage daher eine Sondersitzung vor, die in naher Zukunft stattfinden sollte. Ein Termin sollte nach Möglichkeit noch heute vereinbart werden. Er biete den Fraktionen an, Fragen, aufgelistet in einem Katalog, im Vorfeld der Sondersitzung an die Verwaltung zu richten, die möglichst schnell abgearbeitet und beantwortet werden sollten.

Herr Dr. Büsse bestätigte die Einschätzung von Herrn Gleß, dass heute wohl keine Beschlüsse entsprechend der Vorlage gefasst werden, wie auch bereits von verschiedenen Fraktionen im Vorfeld angekündigt. Die Fraktionen bräuchten einfach mehr Vorbereitungszeit. So seien noch Unterlagen nachgeliefert worden, wie etwa zur Ost-West-Spange. Ein weiterer Punkt sei der noch nicht vorliegende Durchführungsvertrag, der wohl noch etwas Zeit brauche.

Herr Gleß teilte mit, dass der Durchführungsvertrag wohl innerhalb weniger Tage zu Ende definiert werden könne, wenn dies nur in den Händen der Verwaltung und des Investors läge. Dazu werde noch eine Vielzahl an Gesprächen geführt werden müssen, die ohnehin schon seit Monaten laufen. Nach seiner Einschätzung könnte Anfang übernächster Woche ein Vertragswerk vorliegen und den Fraktionen eingereicht werden.

Herr Züll vertrat die Auffassung, dass heute schon lobenswert erwähnt werden sollte, welche herausragende Leistung von allen Beteiligten erbracht wurde, wozu er auch Einwender zähle. Es sei Vieles vorgebracht worden, mit dem man sich kritisch habe auseinandersetzen müssen und in der Sache weiter gekommen sei. Man werde sich auf einen Termin zur Sondersitzung verständigen können, ebenso zum Fragenkatalog, wozu er einen weiteren Vorschlag machen wolle. Es sollte eine Deadline vorgegeben werden, bis zu der die fälligen Entscheidungen getroffen werden müssen. Die Antworten auf die Fragenkataloge der Fraktionen sollten soweit vor der Sitzung beantwortet werden, dass man sich damit noch adäquat auseinander setzen könne.

Frau Feld-Wielpütz schloss sich dem Dank an die Verwaltung und den Investor für die umfangreiche Vorlage an. Dafür, dass man so kurz vor dem Satzungsbeschluss stehe, sei allerhand geleistet und insbesondere auch die Bevölkerung in hervorragender Weise mitgenommen worden. Sie bedankte sich besonders auch bei Herrn Johannsen persönlich, der sich hier hervorragend eingebracht habe. Es habe sich eine gute Vertrauensbasis entwickelt. Dieses Vertrauen setze sie selbstverständlich auch in die Vorlage. Es sei kein Misstrauen, wenn die Fraktionen sagen, sie bräuchten entsprechende Zeit, um die Vorlage adäquat zu beraten. Als gewählte Vertreter der Bürgerinnen und Bürger der Stadt bestünde die Verpflichtung, sich ernsthaft und mit der nötigen Sorgfalt mit der Sache zu beschäftigen. Ihre Fraktion sei für eine Sondersitzung, wie eben vorgeschlagen. Dazu schlage sie den 23. oder 24.02.2012 vor. Wenn alles gut laufe, könne die Vorlage dann im Rat am 14.03.2012 zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Alle offenen Fragen sollten bis dahin geklärt werden, damit die Fraktionen mit der größtmöglichen Überzeugung dem Beschlussvorschlag zustimmen können.

Herr Schmitz-Porten trug vor, dass er den Dankesworten seiner Vorredner nichts hinzu zufügen habe. Man sei in der Sache nicht nur mutig gewesen, wie von Herrn Gleß angeführt, sondern auch entschlossen aufgetreten. Dieses sei beispielhaft. Es gebe keinen Dissens zwischen den Fraktionen, dass man das Vorhaben wolle und das möglichst optimal. Da sei man schon sehr weit vorangekommen mit der Herkulesaufgabe. Fragen würden mit Sicherheit zu den Kosten, etwa der Ost-West-Spange, zu stellen sein. Diese und weitere Detailfragen werde man der Verwaltung einreichen. Vieles, was jetzt mit der Vorlage vorliege, sei nicht alles neu, nach den ganzen Veranstaltungen, die dazu stattgefunden haben. Man befinde sich auf der Zielgeraden und sei guter Hoffnung, im Zeitrahmen zu bleiben. Einer zusätzlichen Sitzung werde zugestimmt.

Auch Herr Köhler schloss sich den Dankesworten an. Zur Feststellung der Bewältigung der Herkulesaufgabe falle ihm ein, dass eine der Aufgaben des Herkules die Ausmistung des Augiasstalles gewesen sei. Den sehe er nicht bei den Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger, sondern bei den Nachbarkommunen, die sich jetzt zu Wort melden, wo sie längst vorher Signale hätten geben können, dass sie Vorbehalte haben könnten. Zur Ausräumung dieser Vorbehalte wünsche er uns allen gutes Gelingen.

Herr Günther trug vor, dass auch seine Fraktion immer die Position vertreten habe, dass man das

Zentrum wolle und dies positiv begleiten werde. Sie habe aber auch immer bestimmte Kritikpunkte vorgetragen und Schwierigkeiten gehabt, gewissen Dingen zuzustimmen. Ein Punkt, der Antrag zum Bürgerforum, werde im weiteren Verlauf der Sitzung noch zu diskutieren sein. Es gebe auch noch andere Fragen, insbesondere zur verkehrlichen Lösung, wozu sie überhaupt nicht für gutheiße, was sich auf der B 56 abspielen solle. Dennoch wolle man auf alle Fälle das neue Zentrum haben und werde die angesprochenen Themen weiter verfolgen, obwohl man nicht unbedingt der Überzeugung sei, dass sich dazu noch etwas verändere.

Nach kurzer Diskussion stellte Herr Dr. Büsse fest, dass man sich auf den 23.02.2012 als Termin für die Sondersitzung geeinigt habe.

Frau Feld-Wielpütz regte an, dass bezüglich der Fragenkataloge so verfahren werden sollte, wie dies zu den Haushaltsberatungen praktiziert werde.

Herr Gleß wies noch darauf hin, dass die Einladung zu der Sondersitzung dann mit verkürzter Ladungsfrist erfolgen müsste, wogegen sich keine Einwendungen ergaben.